

Das neue Parteiprogramm der NPD

Einladung zum Verbot

I

Als die NPD im November 1964 gegründet wurde, schien sie ein Zusammenschluß gescheiterter Sektierer zu sein: Die Deutsche Reichspartei, deren Funktionärskader das organisatorische Gerippe der neuen Partei bildeten, hatte bei den Bundestagswahlen 1961 dürftige 0,8 Prozent erzielt. Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, in den fünfziger Jahren von beträchtlichem Gewicht und an mehreren Landesregierungen beteiligt, war so geschrumpft, daß er weder im Bundestag noch in einem Landesparlament noch Vertreter sitzen hatte. Die Deutsche Partei schließlich, die einst mehrere Bundesminister gestellt hatte, war zu einer bedeutungslosen Splittergruppe dezimiert worden.

Warum sollte der NPD ein besseres Schicksal beschieden sein? Noch strahlte die Sonne der Konjunktur über der Bundesrepublik — obgleich sich, für Wetterkundige deutlich sichtbar, am Horizont Dunkles zusammenbraute. Noch wurde die seit mehr als 10 Jahren herrschende und von den Regierenden liebevoll gepflegte Ideologie, die Bundesrepublik sei politisch und sozial endgültig gefestigt, Krisen seien durch eine weitsichtige Wirtschaftspolitik ein für allemal ausgeschaltet, allgemein geglaubt. (In der Tat hat die Erfahrung gezeigt, daß nationalistische und faschistische Bewegungen in Konjunkturperioden keine Chancen haben.)

Diese Illusionen sind inzwischen verflogen. Die NPD hat in den beiden letzten Jahren bei allen Landtagswahlen die entsprechenden Sperrbestimmungen überwunden und ist bei Stimmanteilen, die zwischen 5 und 9 Prozent lagen, mit insgesamt 48 Abgeordneten in sechs Landtage eingedrungen. Alles spricht dafür, daß sich diese Erfolgsserie bei den kommenden Landtagswahlen und 1969 bei den Bundestagswahlen fortsetzen wird. Die Zeitungen der Bundesrepublik, die bei den Wahlen von Hessen und Bayern im Herbst 1966 noch Alarm geschlagen hatten, sind — ebenso wie die Sprecher der Bonner Parteien und der Regierungen — inzwischen schon zufrieden, wenn der Aufstieg der NPD nicht allzu rapide verläuft. Mit der Existenz einer neofaschistischen Partei als vierter, in vielen Regionen schon als dritter Kraft hat man sich abgefunden.

Die NPD ihrerseits hat an Selbstbewußtsein gewonnen. Während sich ihre führenden Vertreter in der Periode nach der Gründung außerordentlich zurückhielten und ihre Agitation streng zügelten, sind sie in den letzten Monaten zunehmend kühner, d. h. offener geworden. Die Gefahr staatlicher Verbotsmaßnahmen, die sie zunächst befürchtet hatten, scheint nicht mehr zu bestehen. Die Staatsgewalt, die noch 1952 die neofaschistische SRP verboten hatte, macht keine Anstalten, gegen deren ideologischen Nachfolger ernsthaft vorzugehen, obgleich staatliche Maßnahmen nicht nur zulässig, sondern geradezu verfassungsrechtlich

DAS NEUE PARTEIPROGRAMM DER NPD

geboten wären.¹⁾ Ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, das in der Tat eine lange Zeit und einen erheblichen Aufwand erfordern würde, wäre vermutlich gar nicht notwendig, weil sich zeigen läßt, daß die NPD die politischen Ziele der verbotenen SRP verfolgt, daher als deren Nachfolgeorganisation anzusehen und zu verbieten ist. Unabhängig davon kann sich die Staatsgewalt auf den Art. 139 GG stützen, der die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassenen Rechtsvorschriften ins geltende Recht übernimmt. Danach gelten Organisationen mit nazistischem Charakter als verboten; die Staatsgewalt ist verpflichtet, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um diesem Verbot Geltung zu verschaffen.

Daß die NPD sich inzwischen fest etabliert hat, zeigt sich auch in organisatorischer und programmatischer Hinsicht. In 466 Kreisverbänden sind über 33 000 Mitglieder organisiert.²⁾ Die Deutschen Nachrichten, das offizielle Organ der NPD, konnte die Auflage beträchtlich steigern und wird gegenwärtig angeblich von über 200 000 Bundesbürgern regelmäßig gelesen.³⁾ Künftig sollen die Deutschen Nachrichten „schwerpunktmäßig für den allgemein noch nicht zu uns gehörenden Bürger eingesetzt werden“. Für parteiinterne Fragen will man künftig andere periodische Schriften herausgeben.⁴⁾

Obgleich die NPD über ein offizielles Parteiprogramm bislang nicht verfügte, waren ihre programmatischen Vorstellungen und ihre Ideologie doch eindeutig zu erkennen. Neben der Parteizeitung Deutsche Nachrichten gab es ein Manifest sowie „Grundsätze“ mit einem ausführlichen parteioffiziellen Kommentar⁵⁾ und außerdem eine Fülle von Sonderdrucken und Wahlschriften. Dennoch ist es interessant zu prüfen, welche Akzente das Parteiprogramm, das auf dem 3. Parteitag der NPD im November 1967 beschlossen und vorher in den verschiedenen Führungsgremien der Partei ausführlich beraten worden ist⁶⁾, aufweist.

II

Programm und Ideologie einer Partei stehen in engem Zusammenhang mit ihrer Sozialstruktur. Erst wenn man weiß, wie sich die Anhängerschaft einer Partei — nach sozialer Herkunft, Alter, Konfession und Geschlecht — zusammensetzt, werden die einzelnen programmatischen Forderungen sowie die Ideologie, die sie rechtfertigt und verbindet, verständlich. Eine so umfassende Analyse kann in einem Zeitschriftenaufsatz freilich nicht geliefert werden.⁷⁾ Einige neuere Angaben seien jedoch mitgeteilt, weil sie erkennen lassen, daß die für eine faschistische Partei charakteristischen Merkmale der Sozialstruktur sich in letzter Zeit keineswegs abgeschwächt, sondern eher noch klarer ausgeprägt haben.

1) Die verschiedenen Gruppen des Mittelstandes sind deutlich überrepräsentiert: Der Parteivorstand der NPD hat ermittelt⁸⁾, daß 38,3 Prozent der DN-Leser Angestellte und Beamte sind. (Deren Bevölkerungsanteil beträgt 29,8 Prozent.) 4,8 Prozent sind freiberuflich tätig (deren Bevölkerungsanteil: etwa 1 Prozent), 10 Prozent gehören zum selbständigen Mittelstand. Die Arbeiterschaft, die etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, ist unter den DN-Lesern nur mit 12,7 Pro-

1) Vgl. zu diesem Problem meinen Aufsatz „Staatsgewalt und Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik“, Frankfurter Hefte 1967, Heft 12.

2) Arbeitsbericht des NPD-Vorstandes beim dritten Parteitag, DN vom 17. 11. 1967.

3) Der Parteitagsbericht über die NPD-Pressearbeit, DN vom 24. 11. 1967.

4) Ebenda.

5) Politik in unserer Zeit. Das Manifest der NPD mit Erläuterungen, Hannover 1967.

6) Vgl. dazu den Bericht Pöhlmanns vor dem dritten Parteitag, DN vom 17. 11. 1967.

7) Der interessierte Leser sei auf das Buch „Die NPD — Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei“, Voltaire-Verlag Berlin 1967, Paperback, hingewiesen.

8) Vgl. zum folgenden den Parteitagsbericht über die NPD-Pressearbeit, a.a.O.

zent vertreten. Die vom Bundesinnenministerium im Mai 1967 vorgelegten Resultate über die Mitglieder der NPD haben sich damit auch für die übrige Anhängerschaft als richtig erwiesen: „Die Mitglieder stammen zu etwa 64 Prozent aus mittelständischen Schichten . . . Die Neigung der industriellen Arbeiterschaft, sich der NPD anzuschließen, ist gering . . . Zur Zeit entfallen auf diesen Personenkreis nur 13 Prozent der Gesamtmitgliedschaft.“⁹⁾ (In dieser Zahl sind allerdings die Arbeiter mittelständischer Betriebe nicht enthalten.)

2) Die NPD ist nicht nur ihrer Ideologie, sondern auch ihrer Zusammensetzung nach eine betont männliche Partei: Unter 1000 Lesern der DN sind nur 89 Frauen. Bei den Mitgliedern waren es Ende 1966 10,8 Prozent. Selbst als Wähler sind die Frauen in der NPD deutlich unterrepräsentiert.

3) Die NPD wird nach wie vor von Protestanten bevorzugt. Katholiken, besonders der ländlichen Gebiete, wählen auch in Krisenperioden ihre traditionellen konservativ-christlichen Parteien, die ihnen von ihrer Kirche empfohlen werden. Zwei weitere Merkmale sind nicht für faschistische Parteien, wohl aber für den deutschen Neofaschismus bezeichnend, der 20 Jahre nach dem Zusammenbruch eines faschistischen Herrschaftssystems einen Neuanfang versucht:

4) Es sind vor allem die Jahrgänge, die schon vor 1933 Parteimitglieder waren und dann im Dritten Reich Karriere machten oder die im Dritten Reich aufgewachsen sind und entsprechend erzogen wurden. Von 1000 Lesern der DN sind nur 86 unter 25 Jahre, 713 dagegen 25—65 Jahre alt. Genauere Untersuchungen zeigen, daß der Schwerpunkt bei jenen liegt, die zwischen 40 und 60 Jahre alt sind.¹⁰⁾ Nach Angaben der NPD soll das Durchschnittsalter der Parteimitglieder sich gegenüber 1965 von 50,3 auf 41,2 Jahre gesenkt haben.¹¹⁾ Bedenkt man, daß die NPD 1965 noch eine sehr kleine Partei war und überwiegend aus „alten Kämpfern“ bestand, so erscheint das glaubwürdig.

5) Die Soldaten der Bundeswehr haben sich als besonders anfällig für die NPD-Propaganda erwiesen. Zwar ist nicht angegeben, ob die 2,2 Prozent Bundeswehrangehörigen, die sich unter den DN-Lesern befinden, ausschließlich Berufssoldaten sind — dann wäre diese Gruppe, die 0,5 Prozent der Bevölkerung ausmacht, 4^{1/2}mal überrepräsentiert —, doch aus anderen Analysen ist dieser Tatbestand bereits bekannt.¹²⁾

III

Aus der Sozialstruktur der NPD, die hier freilich nur angedeutet werden konnte, läßt sich die Mentalität ihrer Anhänger, die sich in der Ideologie artikuliert und durch die einzelnen Programmforderungen in politische Praxis umsetzen will, relativ leicht verstehen. Allerdings ist das Programm außerordentlich behutsam formuliert, so daß oft nur die ergänzenden Beiträge der Deutschen Nachrichten, die sich sehr viel drastischer und klarer ausdrücken, die eigentlichen Absichten verraten. Die Argumentation muß auch hier notwendigerweise verkürzt und vergrößert vorgetragen werden.

1) In Zeiten konjunkturellen Rückgangs sehen Schichten mit Mittelstandsbewußtsein ihren sozialen Status noch stärker bedroht als sonst. Sie protestieren daher:

a) gegen den Einfluß der Gewerkschaften, weil durch ihn der Lebensstandard

⁹⁾ Bundesminister des Innern, Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1966, Bonn, Mai 1967, S. 14.

¹⁰⁾ a.a.O., Statistik I c.

¹¹⁾ Arbeitsbericht des NPD-Vorstandes, a.a.O.

¹²⁾ Vgl. R. Kühnl, G. Ahrweiler u. a., NPD . . . , S. 62 f.

der Arbeiterschaft so angehoben zu werden droht, daß sich der Mittelstand in Lebenshaltung und Konsumstil nicht mehr eindeutig nach unten abgrenzen kann, und weil die kleinen Unternehmen besonders lohnintensiv sind und höhere Löhne nicht durch stärkere Rationalisierung und Automatisierung auffangen können;

b) gegen die Wettbewerbswirtschaft, da die kleinen Selbständigen gegenüber den großen Betrieben nicht konkurrenzfähig sind und da große Teile der mittelständischen Wirtschaft, vor allem der Landwirtschaft, mit ausländischen Erzeugnissen nicht konkurrieren können.

Man beruft sich auf ein „Gemeinwohl“, an dem sowohl die Freiheit der Tarifpartner als auch die Freiheit von Wettbewerb und Außenhandel ihre Grenze finden sollen, das sich aber bei näherem Zusehen immer als Statusgarantie für das bedrohte Kleinbürgertum erweist. Der Mittelstand wird deshalb zum Garanten des Gemeinwohls, des Volkstums und der sittlichen Wertordnung ernannt: „Deswegen findet die Tarifautonomie dort ihre Grenze, wo auf Kosten des Ganzen und ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl verfahren wird“ (Programm IX, 17). „Die endgültige Überwindung des Klassenkampfes und Bildung einer Leistungsgemeinschaft aller Schaffenden ist unser Auftrag in der industriellen Massengesellschaft“ (IX, 8). (Daß die „Volksgemeinschaft“ des Dritten Reiches dabei als Vorbild dient, spricht das Politische Lexikon der NPD mit aller wünschenswerten Offenheit aus.¹³⁾) „Die Erhaltung und Stärkung des selbständigen Mittelstandes ist auch Voraussetzung für die Abwehr der Vermassung und für die Bewahrung des gewachsenen Volkstums. Die freien Berufe sind hierfür von ganz besonderer Bedeutung. Sie sind insbesondere durch steuerliche Maßnahmen wirksam zu fördern“ (V, 15). „Zur Wahrung seiner politischen Handlungsfreiheit muß der Staat die Existenz der heimischen Wirtschaft vor Überfremdung mit ausländischem Kapital, vor dem Ausverkauf an Weltkonzerne und ruinöser Einfuhr schützen“ (V, 4). „Die Kapitalbildung und die Schaffung persönlichen Eigentums ist zu fördern, die Schwächeren sind vor Ausbeutung und Übervorteilung durch Monopole zu schützen“ (V, 5). „Die liberalistische Wirtschafts- und Handelspolitik hat die Ausschöpfung unserer eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnisreserven behindert. Daher konnte der Selbstversorgungsgrad seit 10 Jahren nicht mehr erhöht werden, sondern ist rückläufig. Unsere Landwirtschaft wurde durch eine agrarfeindliche Preis- und Einfuhrpolitik schwer geschädigt“ (VII, 5 und 6).

2) Jenes „Gemeinwohl“ soll entschlossen durchgesetzt werden von einer starken Staatsgewalt, die neutral über den verschiedenen sozialen Gruppen steht und die Nation zu einer „Schicksalsgemeinschaft“ zusammenschweißt, „die in einer ungeheuren Kraftanstrengung unser Volk, Alte und Junge, alle Stände (!) und Konfessionen, Männer und Frauen wieder zusammenführt“ und alsdann „unerschütterlich“ zusammensteht.¹⁴⁾ Vorläufig wird jene Kraft, die über dem „Parteiengezänk“ steht, deren „geschichtlicher Auftrag“ die „Wiedergeburt der deutschen Nation“ ist, von der NPD repräsentiert.¹⁵⁾ (Wie diese Staatsgewalt aus den widerstreitenden Sozialgruppen entstehen, aber gleichwohl von ihnen unabhängig und ihnen gegenüber neutral sein soll, wird freilich nicht mitgeteilt.) Der Staat erhält dadurch eine höhere Weihe, daß er zugleich die natürlichen und sittlichen Werte repräsentiert und garantiert. Die verderblichen ausländischen Einflüsse politischer, geistiger und moralischer Art sind radikal zu unterdrücken. Das liberale Prinzip der Konkurrenz verschiedener politischer, sozialer und gei-

¹³⁾ Politisches Lexikon, Stichwort „Nationalsozialismus“.

¹⁴⁾ Thadden beim dritten Parteitag, DN vom 17. 11. 1967.

¹⁵⁾ Ebenda.

stiger Richtungen erscheint als Chaos, die Rückkehr zum „gewachsenen Volkstum“, zum Ursprung, zu einer Gesellschaft, die noch nicht durch soziale und geistige Konflikte zerrissen war, als einziger Ausweg. Daß diese romantische Träumerei in der politischen Praxis brutalsten Terror bedeutet, weil anders die Volksgemeinschaft — bei Aufrechterhaltung der Klassenstruktur der Gesellschaft — nicht herzustellen ist, hat das Dritte Reich anschaulich gezeigt.

„Fremde Gewalt lastet auf dem geteilten Deutschland . . . Auch in Zukunft muß unser Volk weltoffen bleiben. Aber in unserer Zeit treffen fremde Einflüsse auf eine Massengesellschaft, die auf selbständigen Gestaltungswillen verzichtet hat. Die Folge ist eine durchdringende Verfremdung deutscher und europäischer Werte und Lebensformen . . . Die Verfremdung kann nur überwunden werden, wenn Europa und Deutschland zu ihrem ursprünglichen Charakter zurückfinden . . . Gegen die Verfremdung und Entmachtung der europäischen Mitte regen sich auch in unserem Volk Kräfte der Gesundheit . . . Die NPD ist der organisierte Protest gegen den Ungeist des Materialismus und seiner kulturfeindlichen Folgen . . . Freiheit hat nur dort dauernden Bestand, wo sie im rechten Verhältnis zu einer festen Ordnung steht. Der Staat hat die Aufgabe, über den Gruppeninteressen der Wahrer des Volksganzen zu sein . . . So schafft er Geborgenheit und erfüllt das Leben des einzelnen mit Sinn und Wert . . . Wenn die Freiheit zur Ordnungslosigkeit entartet, . . . beginnt die Auflösung des Volkes. Die deutsche Jugend soll vor schädlichen seelischen Einflüssen geschützt . . . werden“ (Präambel des Programms). „Die natürliche Bindung an Volk und Vaterland, Familie und Heimat muß Grundlage aller Erziehung sein“ (III, 1). „Die Familie muß gerade im industriellen Massenzeitalter höchste Bedeutung behalten. Sie bewahrt den einzelnen vor der Vereinsamung der Masse und gewährt ihm sittlichen Halt und innere Sicherheit. Die Familie ist Lebenszelle von Volk und Staat. Ohne gesunde Familien — kein gesundes Volk“ (XII, 1 u. 2).

Was das Votum für einen starken Staat in der politischen Praxis bedeutet, vermag die Stellungnahme der Deutschen Nachrichten zu den Berliner Vorfällen zu veranschaulichen: Nicht der „Kriminalobermeister Karl Heinz Kurras, der aus Notwehr den linksradikalen, aufgeputzten Germanistikstudenten Benno Ohnesorg“, den „FU-Rothemden Ohnesorg“ erschöß, sondern die „Mordhethzer der studentischen Kommune“ gehören vor Gericht.^{15a)} (Daß der Vorwurf „linksradikal“ rundweg erlogen ist, daß Ohnesorg rein zufällig ein rotes Sportheim trug, kümmert die DN nicht.) Nicht „Aussöhnung von Studentenschaft und Bevölkerung“, wie sie der Berliner Regierende Bürgermeister Schütz forderte, sei am Platze, sondern „Zerschlagung und Entlarvung der Linksputschisten“, dieser „roten Dauerstudenten und Agitatoren“, dieser „jungen, agilen kommunistischen Wühlmäuse“. Diese Erkenntnis will die NPD der Öffentlichkeit mit allen Mitteln „einhämmern“.¹⁶⁾ Was die Vokabeln „Zerschlagung“, „Entlarvung“ und „einhämmern“ bedeuten, ist bekannt.

3) Die autoritären und elitären Prinzipien der Väter sind also nach Auffassung der NPD in allen gesellschaftlichen Bereichen — in der Familie wie in der Schule, im Staat wie im Betrieb — durchzusetzen. Sie kulminieren im Militär, das deshalb als „wertvolles Mittel der Erziehung zum Staatsbürger“ (XIV, 6) gilt. Daß es Kriegsdienstverweigerung und ähnliche Schlappeiten nicht mehr geben darf, versteht sich von selbst.

^{15a)} DN vom 17. 11. 1967.

¹⁶⁾ DN vom 10. 11. 1967.

„Begabte dürfen nicht durch Minderbegabte gehemmt werden“ (III, 10). „Die NPD bekennt sich zum bewährten Prinzip der deutschen Universität im weitesten Sinn“ (IV, 5). (Die Deutschen Nachrichten formulieren offener: „Die Verfremdung und Vermassung unseres Volkes haben bewirkt, daß das Gefühl für Rangordnungen verlorengegangen ist . . . Der modernen Demokratie fehlt das aristokratische Prinzip . . . Es sollte wieder Elitegymnasien geben . . . Die Anmaßung derartiger Schülertypen, über alles keck mitreden zu wollen . . . Demut und Ehrfurcht ist der Vorraum für jeden höheren Bildungswillen.“¹⁷⁾) „Wir fordern deshalb die Einführung eines Pflichtdienstes für alle Mädchen entsprechend der Wehrpflicht der jungen Männer“ (XII, 10). „Verantwortungsfreude, hervorragendes Können, untadeliges persönliches Vorbild und unermüdliche Fürsorge waren früher und sind heute die Voraussetzungen militärischen Führertums. Die NPD hält daher alle Maßnahmen für ungeeignet, die scheinbar dem Wesen der Demokratie entsprechen, auf den militärischen Bereich übertragen aber zur Störung von Ordnung und Disziplin führen müssen“ (XIV, 7). „Die NPD fordert die Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit. Den Kommandeuren und Einheitsführern ist die zur Aufrechterhaltung der Disziplin notwendige Disziplinargewalt zu verleihen“ (XIV, 13). „Der demokratische Staatsbürger hat die Pflicht, als Soldat dem Vaterland mit allen Kräften zu dienen. Vom Soldaten wird Pflichterfüllung bis zur Hingabe des Lebens verlangt; Wehrpflicht ist daher Ehrenpflicht am deutschen Volk“ (XIV, 17).

4) Daß Deutschland nach solcher inneren Festigung auch außenpolitisch in alter Größe auferstehen soll, verwundert nach alledem nicht mehr. Nach der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands strebt die NPD einen europäischen Staatenbund an, der als dritter gleichberechtigter Faktor neben der UdSSR und den Vereinigten Staaten die Weltpolitik gestalten soll. (Daß der Emanzipationsprozeß der einstigen Kolonialvölker die Periode der Zweierherrschaft längst beendet hat — der Aufstieg Chinas zur Großmacht ist nur das spektakulärste, keineswegs das einzige Symptom —, ist der NPD noch nicht bewußt geworden. Sie träumt nach wie vor davon, daß der weiße Mann seine Herrschaftsposition überall in der Welt bewahren oder wiederherstellen könne.^{17a)})

Die „Wiedervereinigung“ der NPD will sich freilich nicht mit der Bundesrepublik und der DDR, auch nicht mit der Einbeziehung der Oder-Neiße-Gebiete begnügen. Das Programm nennt ausdrücklich noch das Sudetenland (XV, 4), doch sollen nach anderen Aussagen auch Ostpreußen und das Memelgebiet, vielleicht auch Österreich, vielleicht sogar Teile des tschechoslowakischen Kerngebietes eingegliedert werden.¹⁸⁾

Zur Durchsetzung dieser Ziele will die NPD das gesamte politische, moralische, wirtschaftliche und militärische Potential der Bundesrepublik mobilisieren.¹⁹⁾ Im Programm ist freilich nur von „allen geeigneten Mitteln“ die Rede (XV, 12). Die NPD versichert aber zugleich, daß sie den Frieden bewahren wolle und an Krieg nicht denke. Da sie aber eine friedliche Methode, durch welche ihre weitreichenden außenpolitischen Ziele realisiert werden könnten, nicht angibt und zudem proklamiert, daß die Politik der Entspannung „ausschließlich zugunsten Pankows und Moskaus von westlicher Dummheit und Verblendung erfunden“ wurde²⁰⁾, bleibt dieses Bekenntnis unglaubwürdig, zumal sie die kriegerischen Abenteuer des Dritten Reiches ständig in den höchsten Tönen preist.

17) DN vom 3. 11. 1967.

17a) Vgl. Kühnl, NPD, S. 137 f.

18) a.a.O., S. 128 ff.

19) a.a.O., S. 129.

20) DN vom 10. 11. 1967.

DAS NEUE PARTEIPROGRAMM DER NPD

Um Bedenken auszuräumen, daß die Machtmittel der Bundesrepublik auch bei Anspannung aller Kräfte nicht reichen könnten, um die Vereinigten Staaten und die UdSSR gleichzeitig auf ihren Heimatboden zurückzudrängen, versichert die NPD mehrfach, daß es letzten Endes auf die „innere Haltung“ und den „Willen“ ankomme.²¹⁾ Das ist die Stelle, wo Romantik gemeingefährlich wird. Wieder einmal droht der Dolchstoß von hinten, wieder würden wir der ganzen Welt trotzen, wenn wir eine nationale Schutz- und Trutzgemeinschaft bilden: „Die deutsche Nation wird von innen zerstört, von außen könnte es keine Macht der Welt erreichen“²²⁾, denn „die gesunden Erbströme sind noch da. Sie fließen in unserem Volk von Anbeginn her. Es liegt allein an uns, aus ihnen wieder zu schöpfen.“ — „Sie sind . . . der gesunde Humusboden, in dem die Zukunft keimen kann.“²³⁾

5) Neben diesen Grundsätzen findet sich im neuen Programm der NPD auch eine Reihe von Aussagen, die nichts anderes sind als Trivialitäten in hehrem Gewande. So z. B.:

„Nicht das Volk dient der Wirtschaft, vielmehr muß die Wirtschaft dem Volke dienen“ (V, 1). „Die Verkehrspolitik hat der Ordnung unseres Raumes für Volk und Wirtschaft zu dienen. Sie ist ihr unterzuordnen“ (VIII, 1). „Nicht den Juristen, sondern dem Volk hat das Recht zu dienen“ (I, 14).

Auch ist dauernd davon die Rede, daß Löhne, Einkommen, Mieten usw. „sozial gerecht“ sein müssen, ohne daß irgendwo erläutert wird, wie das auszumachen sei. So kann sich jeder vorstellen, was er mag. Daß der Unternehmer über „gerechten Lohn“ anders denkt als der Arbeiter und der Hausbesitzer über „gerechte Miete“ anders als der Mieter, dürfte kaum zu bestreiten sein.

Diese Kritik des NPD-Parteiprogramms, die den faschistischen Charakter dieser Partei erneut bestätigt hat, bliebe jedoch unvollständig, wenn man unterschlagen wollte, daß es auch einige Forderungen enthält, die mit demokratischem Denken vereinbar und durchaus sinnvoll und begrüßenswert sind:

1) Schon die NSDAP konnte die Massen nur deshalb gewinnen, weil sie neben antisozialistischen, antidemokratischen und antisemitischen Parolen auch Forderungen mit eindeutig sozialem Charakter in ihre Propaganda aufnahm. (Daß diese nur eine demagogische Rolle spielten, war für die Wähler erst nach 1933 eindeutig zu erkennen, als diese Agitation abrupt abbrach.) So verlangt auch die NPD etwa: „Regelmäßige, kostenfreie Untersuchung von Kindern und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr . . . Kostenfreie Untersuchungen von Männern und Frauen im Gefährdungsalter zur Früherkennung von Krebs-, Zucker- und Kreislaufkrankheiten durch Ärzte der freien Wahl. Weiterer Ausbau der Arbeitsmedizin“ (XII, 18—21). „Das Krankenkassensystem muß verhindern, daß der erkrankte Versicherungsnehmer zum Patienten 2. Klasse wird“ (X, 12). „Ausreichende, familiengerechte Wohnungen zu tragbaren Mietbedingungen sollen Vorrang im Wohnungsbau haben“ (XII, 8). „Die Möglichkeiten des zweiten Bildungsweges zur Erreichung der Fachschul- und Hochschulreife für besonders Begabte sind auszubauen“ (III, 12).

Zu entschieden antikapitalistischen Forderungen, wie sie die NSDAP in ihrer Aufstiegsperiode erhob, gelangt die NPD jedoch nicht. Im Gegenteil: Sie versucht sich des Wohlwollens der Großindustrie von vornherein zu versichern, indem sie proklamiert, daß „eine kapitalstarke Großindustrie in unserer Volkswirt-

21) Vgl. z. B. Präambel zum Programm.

22) Thadden beim dritten Parteitag, DN vom 17. 11. 1967.

23) DN vom 10. 11. 1967.

schaft . . . unerlässlich“ und der „Zusammenschluß der exportintensiven Unternehmen gleicher Erzeugung“ zu fördern sei (V, 6). (Wie dann zugleich der Mittelstand, auf dessen Kosten diese wirtschaftliche Konzentration notwendigerweise geht, geschützt und gestärkt werden soll, bleibt freilich ungeklärt. Auch hier löst die NPD das Problem, indem sie jedem verspricht, was er gern hören möchte.)

2) Daß die Gleichung Föderalismus = Demokratie, Zentralismus = Diktatur nicht stimmt, lehrt die deutsche Geschichte: Nicht nur bis 1848 und dann im deutschen Kaiserreich, sondern auch in der Weimarer Zeit traten die meisten reaktionären Bestrebungen in föderalistischem Gewande auf. Daß das Dritte Reich den Einheitsstaat geschaffen hat, den zu schaffen 1918 nur sehr unvollkommen gelungen war, ist als Fortschritt anzusehen. (Daß es ihn im Rahmen einer faschistischen Diktatur geschaffen hat, ist davon scharf zu trennen.)

In der Bundesrepublik allerdings hat diese Frage einen zwiespältigen Charakter, weil viele Länderregierungen fortschrittlicher waren und sind als die Bundesregierung, so daß der Föderalismus hier eher positive Wirkungen gezeigt hat — besonders in kulturpolitischer Hinsicht. Jedenfalls darf die NPD nicht schon deshalb als diktatorlüstern beurteilt werden, weil sie Staat und Verwaltung stärker zentralisieren möchte. Die „Schaffung einer zentralen Bundesbehörde . . . sowie Aufstellung und Koordinierung eines Generalverkehrsplanes für alle Ebenen der Staats- und Kommunalverwaltung“ (VIII, 4) beispielsweise wäre sicherlich eine progressive Tat.

3) Die NPD fordert: „Bei entscheidenden Lebensfragen ist das Volk zu hören. Volksbegehren und Volksentscheid sind daher einzuführen“ (I, 5). Solche Prinzipien einer unmittelbaren Demokratie können dazu dienen, Parteiführer und Abgeordnete zu kontrollieren und deren Entfremdung von den Wünschen und Interessen der breiten Massen zu verhindern. So wurden sie nach 1945 in vielen deutschen Landesverfassungen rechtlich fixiert. In Situationen allerdings, in denen das Volk durch eine verdummende Massenpresse so verhetzt ist wie gegenwärtig in der Bundesrepublik, wären Volksentscheidungen in manchen Fragen ausgesprochen gefährlich. Der Schrei nach der Todesstrafe ist ein anschauliches Beispiel. Das Votum der Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung für Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und Verhandlungen mit der DDR ist aber ein ebenso anschauliches Gegenbeispiel.

Die NPD freilich hat weniger eine unmittelbare Demokratie als eine auf Plebiszite gestützte Diktatur im Auge, denn sie verlangt: „Der Bundespräsident ist vom Volk zu wählen. Seine Rechte sind zu stärken. Er verkörpert Volk und Staat“ (I, 6). Vermutlich hat die NPD den Reichspräsidenten Hindenburg vor Augen, dessen autoritäre Stellung die Machtübernahme der Nationalsozialisten wesentlich erleichtert hat.

IV

Der milde Ton des Parteiprogramms kontrastiert in auffälliger Weise nicht nur mit den an Reichsparteitage von einst gemahnenden nationalistischen Rauscheffekten, mit welchem der letzte Parteitag inszeniert wurde²⁴⁾, sondern auch mit der rüden Sprache, die die Deutschen Nachrichten in den letzten Monaten führen. Diese Sprache verrät den wahren Geist der NPD: Der Parteitag war eine „machtvolle Kundgebung“, die ihren „ebenso würdigen Höhepunkt wie glanzvollen Abschluß“ in der Rede Thaddens fand, der „unter anhaltender Zustimmung der

²⁴⁾ Vgl. dazu den Bericht in der „Zeit“ vom 17. 11. 1967.

gebannt lauschenden Zuhörer“ den „nationalen Notstand“ proklamierte.²⁵⁾ Politische Gegner werden nicht widerlegt, sondern diffamiert: So ist im Hinblick auf die um eine neue Ostpolitik bemühte Bundesregierung die Rede von „jenen politischen Gammlern . . . , die zwar voll Empörung jene (anderen Gammler) ‚Pinscher‘ nennen, die aber selber in ihrer geistigen Einstellung von eben dieser Promenadenmischung herzustammen scheinen . . . Sie sind wie die Gammler in den Kirchenportalen bar jeglichen Schamgefühls. Weil ein Herr Morgenthau es seinerzeit befahl, verrichten sie ihre Notdurft an heiligen Stätten deutscher Geschichte . . .“²⁶⁾

Das Geschichtsverständnis und das Verhältnis zum Dritten Reich erhellten schlaglichtartig aus der Parole: „Alle Krisen unserer Zeit begannen mit der ‚bedingungslosen Kapitulation‘.“²⁷⁾ Wie verhalten sich dagegen die „Morgenthau-Boys in den Redaktionen, Funk- und Fernsehstudios“? — „Zwanzig Jahre lang mußten sie das längst vergangene Dritte Reich begehren, alles herunterreißen, jede Leistung in Verbrechen umfälschen . . . , jede positive Tat, jede Aufbauleistung leugnen . . .“²⁸⁾

Der Widerspruch zwischen dem sanften und unverfänglichen Ton des Parteiprogramms und den übrigen Äußerungen und Verhaltensweisen der NPD löst sich, wenn man die politische Taktik dieser Partei in die Betrachtung einbezieht: Das Programm fungiert als Aushängeschild, als hochoffizielle Kundgebung nach außen, und ist deshalb sehr vorsichtig formuliert. Selbst das Verlangen der Delegierten nach Aufnahme der Todesstrafe konnte von Thadden durch einen Geschäftsordnungstrick abgewehrt werden. Für die Masse der Anhänger und Sympathisierenden dagegen, die dem Programm kaum ein intensives Studium widmen dürften, wohl aber die Parteizeitung lesen und von Versammlungsreden gepackt werden, beschwört man alle Ressentiments und entfacht man alle Emotionen, die eine faschistische Bewegung in der gegenwärtigen Lage sich überhaupt leisten kann. Bei genauer Analyse zeigt sich freilich, daß die wesentlichen Merkmale faschistischer Ideologie und Zielsetzung auch im Programm enthalten sind — nur eben in stark abgemilderten, auf das Niveau eines seriösen Konservatismus gehobenen Wendungen.

²⁵⁾ DN vom 17. 11. 1967.

²⁶⁾ DN vom 3. 11. 1967.

²⁷⁾ DN vom 17. 11. 1967.

²⁸⁾ Ebenda.